

# BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS

## Offener Brief an die gemeinsame Programmgruppe von Linkspartei.PDS und WASG

Berlin, 16. Juli 2006

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

wir freuen uns, dass in den "programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei" strittige Themen offen angesprochen worden sind. Mit diesem Brief möchten wir zu einem davon wie folgt Stellung nehmen:

Im Kapitel III/3. "Soziale Sicherheit - Sicherheit für alle" wurde in einem kursiven Einschub festgehalten: "Umstritten im Spektrum alternativer Debatten ist die Frage, ob eher einem bedingungslosen, individuellen Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger der Vorzug zu geben ist oder einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Menschen in sozialer Not."

Das klingt fast so, als handelte es sich bei diesem "Spektrum" um einen bunten Strauß exotischer Außenseitermeinungen, die nur wenige interessieren und die deshalb beim Parteibildungsprozess keine große Rolle spielen müssten. In Wirklichkeit gibt es in der medialen Öffentlichkeit, in der nicht parteipolitisch gebundenen Linken (in den sozialen Bewegungen, in der Wissenschaft und den Gewerkschaften) sowie im "Netzwerk Grundeinkommen" (mit über 600 Mitgliedern) in Deutschland und darüber hinaus eine große Anzahl von Befürworter/innen des bedingungslosen Grundeinkommens. Diese erwähnte Debatte hat inzwischen auch die Mitte unserer beiden Parteien erreicht: In der WASG arbeitet eine Initiative Grundeinkommen und in der Linkspartei.PDS hat sich nach längerer Vorbereitung im Oktober 2005 die "Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS" konstituiert. Sie wurde am 10. April dieses Jahres vom Parteivorstand offiziell zur Kenntnis genommen und damit anerkannt. Außerdem ist die BAG im "Forum Sozialstaatliche Mindeststandards" beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS vertreten.

Zudem bekam die BAG am 20. Mai 2006 Gelegenheit, ihr Konzept für ein Grundeinkommen im Bundesparteirat vorzustellen und mit den Parteiräten zu diskutieren. Dabei stieß das bedingungslose Grundeinkommen auf großes Interesse.

Uns ist aufgefallen, dass es häufig Menschen mit gewerkschaftlichem Hintergrund sind, die die Idee eines allgemeinen, bedingungslosen und die Existenz und Teilhabe sichernden Grundeinkommens entschieden bekämpfen, während man doch glauben sollte, sie würden diese Rückenstärkung für ihre Klientel freudig begrüßen. Und eine Rückenstärkung für die arbeitende Bevölkerung wäre ein Grundeinkommen, wie wir es uns vorstellen, allemal. Es könnte nämlich noch wirkungsvoller als ein die Existenz sichernder gesetzlicher Mindestlohn - der trotzdem nicht überflüssig wird - dafür sorgen, dass auch vermögenslose Menschen nicht gezwungen sind, ihre Arbeitskraft für vier Euro die Stunde zu verkaufen. Denn wer Monat für Monat zuverlässig und sicher einen Eingang von - nach heutigem Stand - 950 Euro als Alleinstehende/r und als vierköpfige Durchschnittsfamilie von 2850 Euro auf seinem Konto erwarten kann, der ist nicht mehr für einen Billiglohn zu haben. Der gesetzliche Mindestlohn dagegen muss von den Behörden überwacht und durchgesetzt werden, das schmälert seine Schutzfunktion ein wenig.

Auch die bedarfsorientierte Grundsicherung bleibt, was die Verlässlichkeit der finanziellen Absicherung und damit die Verhinderung von Armut angeht, hinter einem bedingungslosen Grundeinkommen zurück. Denn der Gesetzgeber kann nicht ausnahmslos alle Lebenslagen auflisten, in die ein Mensch je geraten kann und die ihn davon abhalten, eine bestimmte Stelle zu übernehmen bzw. überhaupt einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Es wäre also weiterhin in nicht wenigen Fällen den zuständigen Behörden

überlassen, darüber zu befinden, ob der oder die Betroffene einer staatlichen Leistung würdig ist oder nicht. Wohin das führen kann, kennen wir aus der Praxis zur Genüge: "Verdeckte" und "verschämte" Armut sind allzu oft die Folge von Zumutbarkeitsregeln und Bedürftigkeitsprüfungen, wenn die an sich Leistungsberechtigten zu schnell resignieren oder gar nicht erst einen Antrag stellen, weil sie sich der entwürdigenden Prozedur nicht aussetzen wollen. Dagegen wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen bestens dazu geeignet, jedem und jeder Einzelnen ohne alle Diskriminierung ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

An dieser Stelle möchten wir, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, auf einen logischen Bruch in den "Eckpunkten" aufmerksam machen. In dem eingangs erwähnten Einschub steht weiter: "Da wir Zwang zur Arbeit ablehnen, stellt sich das Problem: Wie können zumutbare Arbeit und Bedürftigkeit bestimmt werden?" Das verstehen wir nicht. Wer es ablehnt, Menschen zur Arbeit zu zwingen, dem stellt sich das Problem, "zumutbare" Arbeit definieren zu müssen, doch gerade nicht. Denn wäre ihm diese Definition erst einmal geglückt, dann hätte das ja wohl zur Folge, dass ein Leistungsbezieher, der "zumutbare" Arbeit verweigert, mit Sanktionen, sprich: Zwangsmitteln, rechnen müsste. Da man aber Zwang zur Arbeit ablehnt...

Wir wissen, dass der Idee eines allgemeinen, bedingungslosen Grundeinkommens starke Vorurteile entgegenschlagen. Zum Beispiel: Von einem Grundeinkommen reden auch manche Wirtschaftsliberale, also kann das doch nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun haben. Oder: Da würde ja keiner mehr etwas arbeiten. Drittens: Ein Grundeinkommen würde das Geld auffressen, das wir dringend für die Sicherung anderer, bewährter Sozialleistungen brauchen. Und so weiter, und so fort.

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, wir laden alle herzlich ein, sich - soweit nicht schon geschehen - aus dem Netz unter [www.bag-grundeinkommen.de](http://www.bag-grundeinkommen.de) oder unter dem entsprechenden Link auf der Seite [www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de) unser Konzept für ein bedingungsloses Grundeinkommen herunterzuladen. Darin wird auf nur sechs DIN-A-4-Seiten kurz und prägnant erläutert, wie wir uns die Ausgestaltung und Finanzierung eines denkbaren künftigen Sozialsystems aus Grundeinkommen, Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung usw. vorstellen. Dieses Papier geht auf einige der Einwände gegen das Bedingungslose Grundeinkommen ein. Wir haben, angefangen beim Lohnabstandsgebot, über die Sicherung gewohnter Sozialtransfers bis hin zur Umverteilung von oben nach unten alles berücksichtigt, was unserer Meinung nach den Erhalt und Ausbau des Sozialstaats ebenso fördert wie die Schaffung einer freiheitlichen, solidarischen und leistungsstarken Gesellschaft.

Natürlich ist uns klar, dass große Veränderungen selten über Nacht geschehen und es eines langen Atems bedarf, um für so radikale Vorstellungen wie die unseren erfolgreich zu werben. Doch auch die neue Partei, die wir bilden wollen, wird nicht auskommen ohne jene "Utopien und Visionen", die in dem Vorwort zu den "Eckpunkten" angesprochen werden.

In diesem Sinne bitten wir die gemeinsame Programmgruppe von Linkspartei.PDS und WASG, bei der weiteren Arbeit am Entwurf eines gemeinsamen Programms unsere Gedanken mit zu berücksichtigen. Wir könnten uns eine Passage vorstellen, die etwa so lautet: "Diskutiert wird unter Linken die Frage, ob eher einem bedingungslosen, individuellen Grundeinkommen als Rechtsanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger der Vorzug zu geben ist oder einer bedarfsorientierten Grundsicherung für Menschen in sozialer Not. Dieser Diskussionsprozess ist ergebnisoffen weiterzuführen. Unstrittig ist aber, dass wir jeglichen Zwang zur Arbeit ablehnen, auch den Zwang zur Arbeit per Zumutbarkeitsregelungen."

Mit solidarischen Grüßen

BAG Grundeinkommen in und bei der Linkspartei.PDS und weitere Erstunterzeichner/innen:

Katja Kipping, MdB  
(Mitglieder der Linkspartei.PDS)

N.N.  
(Mitglieder der WASG)

N.N.  
(Parteilose)